

Stadträte kratzen 374.000 Euro zusammen



Die Mienen verraten es: So richtig begeistert ist keiner von der Steuererhöhung, der hier die FW-Fraktion und die SPD (mit Ausnahme von 2. Bürgermeister Foto: Lukaschik Robert Sommer) zustimmt.

Regen. Die Zuschauer staunten richtig, es wirkte fast, als wollte der Stadtrat einen Rekord aufstellen in zackigem Abstimmungsverhalten. Hundesteuererhöhung von 30 auf 50 Euro? Keine Debatte, einstimmig dafür. Keine weitere Beteiligung der Stadt am Insel- und Altstadtfest? Keine Debatte. Einstimmig dafür. Verzicht auf die Verkehrsspanne Schule, Abwasseranlage Schollenried, abgespeckte Erschließung von Gewerbegrund? Keine Diskussion, einstimmig dafür. Keine Befreiung der Landwirte von der Konzessionsabgabe? Keine Diskussion, zwei Gegenstimmen.

Hatte es so stark gewirkt, dass Bürgermeisterin Ilse Oswald den Stadträten ins Gewissen geredet hatte? Dass sie von ihnen gefordert hatte, Verantwortung für die Bürger der Stadt zu übernehmen? "Die Handlungsfähigkeit der ganzen Stadt steht auf dem Spiel", meinte sie. Und sprach damit an, was passiert, wenn die Sondersitzung am Donnerstagabend keinen positiven Beschluss zur Haushaltskonsolidierung zu Stande bringt. Dann würde die Stadt wohl unter Zwangsverwaltung fallen, Investitionen würden auf 0 zurückgefahren. Die Grundschulsanierung würde gestoppt.

Die Liste mit den Sparvorschlägen lag auf den Tischen vor den Stadträten. Hinter den Stadträten saßen und standen eine Menge Bürger – und Eissportler. Das hatte mit dem Punkt 5 zu tun, dem ersten, bei dem die Diskussion ein wenig in Fahrt kam: "Eisstadion: keine Weiterführung des Betriebes durch die Stadt nach der Saison 2013/14." Die Bürgermeisterin machte in leichtem Optimismus: "Ich hoffe, dass sich ein anderes Trägermodell hervorut." Mit dem Förderverein Eissport wurde schon gesprochen, konkret ist noch nichts. Franz Stumpf (CSU) meinte, dass die Eissportler schon etwas mürbe gemacht seien durch das Hin und Her. Das zeige auch das relativ geringe Interesse an der Sitzung.

Heinz Pfeffer monierte, dass die Gespräche mit dem Förderverein und die Suche nach alternativen Trägermodellen zu spät laufen würden. Sein Fraktionskollege Willi Killinger monierte, dass die Einnahmemöglichkeiten, zum Beispiel durch Veranstaltungen im Sommer, nicht ausgereizt seien. Sigrid Schiller-Bauer (SPD) meinte, dass es schon vor vier Jahren klar gewesen sei, dass die Stadt die Eishalle alleine nicht halten könne.

Den Zwiespalt verkörperte perfekt Werner Rankl (FW), Eishallenreferent im Stadtrat. Zwei schlaflose Nächte habe er hinter sich, so sagte er, so liege ihm die Entscheidung im Magen. "Ich kämpfe weiter für die Eishalle, habe aber auch die zwei Schulen und deren notwendige Sanierung im Hinterkopf", sagte er und bekannte, dass er gegen die Betriebsaufgabe stimmen werde – in der Hoffnung, dass diese Entscheidung keine Mehrheit bekommen wird. Als 2. Bürgermeister Robert Sommer (SPD) bekannte, dass er nicht verantworten könne, dass die Eishalle zu einer Ruine verkomme, kam der Konter von Florian Senninger (FW) sofort: "Mir ist eine Eishallenruine lieber als eine Schulruine." Er hoffe, "dass sich die, die die Eishalle unbedingt wollen, jetzt am Riemen reißen". Und auch Ludwig Kroner (SPD) vertrat die Ansicht, dass sich in Sachen alternatives Betreibermodell nur etwas bewegen würde, wenn der Stadtrat eine klare Entscheidung treffen würde. Das tat er dann auch. Mit 17:4 Stimmen wurde beschlossen, dass die Stadt den Eishallenbetrieb nach der laufenden Saison einstellen wird.

Die Entscheidung über die Schließung der Grundschule March wurde um ein Jahr vertagt. Und in diesem Jahr wollen die Stadt, der Förderverein der Schule, die Gemeinden des Grundschulverbands und die Pfarrkirchenstiftung ein Konzept erarbeiten, wie der Weiterbetrieb/die Sanierung so günstig wie möglich gestaltet werden können. Kleines Hickhack gab es, als die CSU-Fraktion diesen Beschluss ergänzen wollte durch einen Grundsatzbeschluss, dass sich die Stadtspitze mit allen Beteiligten für einen Fortbestand einsetzt. Der Antrag wurde abgelehnt. "Die Ergänzung braucht es nicht, das ist selbstverständlich", meinte die Bürgermeisterin.

Ein richtiges Finale im Abstimmungsreigen war der Beschluss zur Steuererhöhung. Grundsteuer rauf, zum 1. Januar 2016 von 540 auf 570 Punkte. "Das bedeutet für den Eigentümer eines durchschnittlichen Einfamilienhauses eine Mehrbelastung von rund 30 Euro im Jahr", rechnete Kämmerer Klaus Witzenzellner vor und machte klar, dass die Konsolidierung nur mit dieser Steuererhöhung zu schaffen ist. Bärbel Köppe (CSU) sprach von einer "Bankrotterklärung" und davon, dass es nicht gehe, immer nur die Steuern zu erhöhen. Ins gleiche Horn stieß Robert Sommer, der meinte, dass Regen nicht mehr "marktfähig" sei wegen der hohen Hebesätze. An Bärbel Köppe gewandt meinte Sepp Ernst (FW): "Ja, wir sind bankrott, und bei den bisherigen Konsolidierungskonzepten sind wir immer unter dem Geforderten geblieben." Das Schlusswort bei diesem Punkt hatte Ute Senninger (Grüne): "Die Erhöhung bedeutet für einen Eigentümer eines Einfamilienhauses eine Mehrbelastung von drei Euro im Monat, das ist zumutbar." Mit 13:8 Stimmen wurde der Steuererhöhung zugestimmt. Kämmerer Klaus Witzenzellner konnte summieren: Die Sparbeschlüsse verbessern den Haushalt um 374 000 Euro, gefordert waren 350 000 Euro.